



Presseschau vom 09.01.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Paul Linke: „Diplomatischer Tanz“: Warum das iranische Atomabkommen nicht stirbt – Energieexperte Abdolvand

Der Beginn der Urananreicherung auf 20 Prozent im Iran sorgt in Europa für einen Aufschrei. Manche Experten haben das iranische Atomabkommen unlängst beerdigt. Dem widerspricht der deutsch-iranische Energieexperte Behrooz Abdolvand. Der Schritt Teherans sei die Antwort auf die Politik des „maximalen Drucks“. Er spricht vom „diplomatischen Tanz“. ...

<https://snanews.de/20210109/diplomatischer-tanz-warum-das-iranische-atomabkommen-nicht-stirbt--energieexperte-abdolvand-440578.html>

Anna Schadrina: Daimlers Stellenabbau hat „Quersubventionierung“ von Tesla zur Folge – Medien

Die großzügigen Abfindungen, die der Autobauer Daimler beim Personalabbau für entlassene Ingenieure vorgesehen hat, können nach Informationen der deutschen Ausgabe des digitalen Wirtschaftsmagazins Business Insider dem US-Konkurrenten Tesla in die Hände spielen. ...

<https://snanews.de/20210109/daimlers-stellenabbau-abfindung-rueckenwind-fuer-tesla-447326.html>

de.rt.com: Es war einmal ... - Bundesregierung will nun doch Geimpften Sonderrechte verleihen

Die neuen Quarantäneregeln für Reisende begünstigen Menschen mit einem Impfschutz

gegen Corona. Noch Ende Dezember hatte sich die Regierung allerdings gegen Sonderrechte ausgesprochen. Ländervertreter sollen von der neuen Verordnung "irritiert" sein. ...

<https://kurz.rt.com/2e2u>

abends/nachts:

snanews.de: **Kein Vakzin aus USA und Großbritannien: Irans oberster Führer verbietet Import**

Laut einem iranischen Medienbericht von Freitag hat Irans oberster Führer Ajatollah Ali Chamenei die Einfuhr von US-amerikanischen und britischen Impfstoffen gegen das neuartige Coronavirus ins Land verboten.

„Wenn die Amerikaner einen Impfstoff herstellen könnten, wären sie nicht in dem Zustand, in dem sie sich derzeit befinden. Sie würden nicht jeden Tag 4000 Todesfälle verzeichnen.

Gleiches gilt für Großbritannien“, zitiert die iranische Agentur Mehr News Chamenei.

Irans oberster Führer sagte, dass er beiden Ländern nicht vertrauen würde und fügte hinzu:

„Manchmal wollen sie den Impfstoff in anderen Ländern testen.“ Auch Frankreich würde er nicht vertrauen, so Chamenei. Wenn ein anderes Land, dem der Iran vertraue, einen Impfstoff herstellen würde, dürfte die Regierung Impfstoffe aus diesem Land importieren.

Der Rote Halbmond sagte daraufhin umgehend die Bestellungen für 150.000 Impfdosen von BioNTech und Pfizer ab, hieß es bei der Deutschen Presse-Agentur.

Der Iran testet seit vergangenem Monat einen eigenen entwickelten Corona-Impfstoff namens „Coviran Barekat“. Den Probanden gehe es laut Gesundheitsministerium gut und die Tests sollten daher auch weitergeführt werden. Laut Präsident Hassan Rohani werde das Land aber demnächst auch ausländische Impfstoffe einführen.

Die iranische Zentralbank hat für die Einfuhr von Impfstoffen 200 Millionen Euro bereitgestellt. Es wird jedoch befürchtet, dass die Einfuhr der ausländischen Impfstoffe derzeit nicht machbar ist. Wegen der US-Sanktionen hat der Iran keinen Zugang zum globalen Banksystem und daher auch Probleme mit dem Zahlungsverkehr. Diese wirken sich nach offiziellen Angaben auch auf die Bestellung von Impfstoffen aus.

Wegen eines strengen Lockdowns sind die Fallzahlen im Iran in den letzten Wochen zwar gesunken, es werden aber weiterhin täglich zwischen 85 und 100 Todesfälle sowie über 6000 Neuinfektionen registriert. Seit dem Beginn der Pandemie Ende Februar gab es im Land mehr als 56.000 Tote und fast 1,3 Millionen Corona-Infektionen. Eine Massenimpfung gegen Corona für die fast 83 Millionen Iraner ist für März nächsten Jahres geplant.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/08/441630_0:0:3070:1727_1440x0_80_0_0_23c1831f5bfb5ef2b1835dd279edd61e.jpg

vormittags:

snanews.de: **Demokraten dringen auf Amtsenthebung Trumps**

Nach dem Sturm auf das Parlamentsgebäude in Washington dringen die US-Demokraten auf eine Amtsenthebung von US-Präsident Donald Trump. Dies berichtet die Nachrichtenagentur Reuters unter Verweis auf zwei Personen, die mit dem Vorhaben vertraut seien.

Demnach sollen am Montag die Weichen für ein Amtsenthebungsverfahren gestellt werden.

Nach Informationen des Senders MSNBC wird dem scheidenden Präsidenten in einem Entwurf für eine Anklageschrift vorgeworfen, zu einem Aufstand aufgehetzt zu haben. Er habe vorsätzlich Erklärungen abgegeben, die zu unmittelbar bevorstehendem gesetzlosen Handeln am Kapitol ermutigt hätten.

Trump werde Anstiftung zur Gewalt gegen die US-Regierung zur Last gelegt mit der Absicht, Bidens Sieg zu kippen, berichtet die Nachrichtenagentur unter Berufung auf Insider. Präsident Trump habe „die Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihrer Regierungsinstitutionen ernsthaft gefährdet“, heiße es in einer im Kongress zirkulierenden Anklageschrift. Er habe die Integrität des demokratischen Systems gefährdet und einen friedlichen Machtübergang behindert. Die Anklagepunkte sollen den Insidern zufolge am Montag offiziell im Repräsentantenhaus vorgestellt werden. Eine Abstimmung in der Kammer darüber könne dann noch im Laufe der Woche folgen.

„Eine Gefahr, die größer nicht sein könne“

Wie die Vorsitzende des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, äußerte, stelle der „verstörte Präsident“ eine Gefahr dar, die größer nicht sein könne. Sollte Trump nicht umgehend freiwillig zurücktreten, werde das Parlament handeln.

Joe Biden, der nach seinem Wahlsieg im November Trump am 20. Januar als Präsident ablösen soll, erklärte, er sei seit langem davon überzeugt gewesen, dass Trump amtsunfähig sei. Es sei aber Sache des Kongresses über ein Amtsenthebungsverfahren zu entscheiden. Er selbst wolle sich auf die Bekämpfung des Coronavirus konzentrieren.

Sollte ein Impeachment tatsächlich auf den Weg gebracht werden, so würde sich ein US-Präsident erstmals in der Geschichte zwei Mal einem solchen ohnehin extrem seltenen Verfahren stellen müssen, betont die Nachrichtenagentur.

Den ersten Versuch, Trump seines Amtes zu entheben, hatten die US-Demokraten Ende 2019 unternommen. Damals warfen sie dem US-Staatschef Machtmissbrauch und Behinderung des Kongresses vor. Der Senat sprach den Republikaner dann aber im Februar 2020 frei.

Im US-Senat, der für eine Verurteilung zuständig wäre, seien die Demokraten auf die Unterstützung der Republikaner angewiesen, denn sie könnten alleine nicht auf die nötige Zweidrittel-Mehrheit der Stimmen kommen.

Die republikanische Senatorin Lisa Murkowski, die den Bundesstaat Alaska vertritt, hat Trump zum Amtsverzicht aufgefordert. „Ich will, dass er zurücktritt“, äußerte sie in einem Interview mit der „Anchorage Daily News“. Trump habe „genug Schaden angerichtet“, so Murkowski.

Zuvor hatte der republikanische Senator Ben Sasse, der den Bundesstaat Nebraska vertritt, gegenüber dem Sender CBS News erklärt, er erwäge eine Unterstützung eines Amtsenthebungsverfahrens, weil Trump gegen seinen Amtseid verstoßen habe.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/01/02/364198_0:0:3076:1731_1440x0_80_0_0_6a187c239891f6311fb686e1fa82785e.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 8. Januar 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

sputnik.by: **Puschkow sagte voraus, wie sich Biden gegenüber Russland und Weißrussland verhalten wird**

Sowohl Russland als auch China erwarten eine Verschärfung der Konfrontation mit den Vereinigten Staaten, und Weißrussland wird nach Ansicht des russischen Senators Alexej Puschkow zu einer der Hauptzonen der Rivalität.

Das Mitglied des Föderationsrates, Alexej Puschkow, sprach darüber, an welcher Außenpolitik der zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählte Demokrat Joe Biden festhalten wird. Der russische Senator teilte seine Meinung auf seinem persönlichen Telegramm-Kanal mit.

Laut dem russischen Politiker werde es eine Konfrontation geben, die Vereinigten Staaten würden versuchen, „China und Russland zu trennen“, obwohl die Haltung ihnen gegenüber unterschiedlich sein werde (laut Biden ist China ein Konkurrent und Russland ein Feind). „Auf jeden Fall werden sowohl China als auch Russland in Washington als Gegner der Vereinigten Staaten angesehen - ideologisch, politisch und geoökonomisch“, sagte Puschkow. Gleichzeitig habe der neue US-Präsident laut dem Senator das Verständnis, dass „man nicht allein mit der RF und der VR China fertig werden kann“, daher die Idee einer „globalen Koalition von ‚Demokratien‘ gegen ‚autoritäre Regime‘ sowohl in China als auch in Russland“, schreibt Puschkow. „In dieser Hinsicht werden die ‚Länder der Grauzone‘ zwischen dem westlichen Bündnis einerseits und Russland und China andererseits von besonderer Bedeutung sein.“

„Wir sprechen über Zentralasien, den Südkaukasus, Osteuropa (hauptsächlich Weißrussland und die Ukraine) sowie die Länder Südasiens. Alle diese Regionen werden zu ‚Rivalitätszonen‘ zwischen zwei Arten von Weltordnung – ‚liberal-demokratisch‘ und ‚autoritär‘“, ist Puschkow überzeugt.



<https://cdn12.img.sputnik.by/images/07e4/07/18/1045248961.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 8. Januar 3:00 Uhr bis 9. Januar 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 7.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Donezk: Mörser 120mm – einmal (6 Mörsergeschosse); automatische Granatwerfer – einmal (5 Granaten).

Richtung Mariupol: Mörser 120mm – einmal (5 Mörsergeschosse); Mörser 82mm – einmal (3 Mörsergeschosse); Antipanzergrenatwerfer – 5 Granaten; Schusswaffen.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften: **Jakowlewka, Wesjoloje, Kominternowo, Leninskoje.**

Um 15:35 Uhr und um 17:35 Uhr wurden im Gebiet von Awdejewka vier Detonationen infolge der Durchführung technischer Arbeiten durch die BFU festgestellt.

Um 15:41 Uhr wurden im Gebiet von Taramtschuk vier Detonationen infolge der Durchführung technischer Arbeiten durch die BFU registriert.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 24

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: Google suspendiert die bei Trump-Anhängern beliebte Social-Media-App Parler

Nachdem Twitter das Konto des US-Präsidenten Donald Trump am Freitagabend dauerhaft gesperrt hat, geht Google gegen die in rechtskonservativen US-Kreisen verbreitete Social-Media-App Parler vor. Der IT-Riese sieht in der Software eine akute Bedrohung der öffentlichen Sicherheit.

Google bietet bis auf Weiteres die in rechten US-Kreisen verbreitete Social-Media-App Parler nicht mehr zum Download an. Wie ein Sprecher des Internetkonzerns am Freitagabend (Ortszeit) auf Anfrage mitteilte, verlangten die Richtlinien von Google, dass Apps mit nutzergenerierten Inhalten über eigene Richtlinien verfügten, um „ungeheuerliche Inhalte wie Beiträge, die zu Gewalt aufrufen, zu entfernen“. Auf Parler würden weiterhin Beiträge gepostet, die darauf abzielten, zu Gewalt in den USA anzustacheln. Angesichts der

anhaltenden und akuten Bedrohung der öffentlichen Sicherheit werde Parler nicht mehr bei Google Play verfügbar sein, bis diese Probleme behoben seien.

US-Medienberichten zufolge wurden die gewalttätigen Proteste von Anhängern des amtierenden Präsidenten Donald Trump am Mittwoch, die in der Erstürmung des Kapitols in Washington gipfelten, maßgeblich über Apps wie Parler organisiert.

Parler beschreibt sich selbst als „unvoreingenommenes“ Medium, das die Redefreiheit unterstützt und sich auf den Schutz der Rechte der Nutzer konzentriert. Es ist unter Trumps Unterstützern verbreitet und hat im Zuge der US-Wahl an Popularität hinzugewonnen.

Personen im Umfeld des Republikaners bewarben Parler immer wieder als Alternative zu Twitter und Facebook, die angeblich konservative Ansichten unterdrückten.

Die Sprecherin des Weißen Hauses, Kayleigh McEnany, erklärte Ende Juni auf Twitter, sie habe sich ein Konto bei Parler eingerichtet, weil sie die Nase voll davon gehabt habe, dass Konservative auf diesen Plattformen „zensiert“ würden.

Laut Medienberichten könnte auch Apple die Plattform demnächst verbannen. Der IT-Riese forderte demnach ebenfalls eine strengere Überwachung der Inhalte auf Parler. Widrigenfalls müsste die App gesperrt werden, weil sie allem Anschein nach dazu verwendet werde, „illegale und gefährliche Aktivitäten zu planen und zu ermöglichen“.

Lug-info.com: In der LVR sind am 8. Januar um 9:00 Uhr 2231 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 1831 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 191 Todesfälle.

snanews.de: Covid-19 auf der Spur: China „bereit“ für Ankunft von WHO-Experten

China ist nach Angaben der Nationalen Gesundheitskommission „bereit“, ein Expertenteam der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu empfangen, das die Ursprünge des Coronavirus erforschen soll. Die WHO hatte China zuvor vorgeworfen, den Start der Mission hinauszuzögern.

„Der genaue Zeitpunkt“ für das Eintreffen der Experten werde derzeit festgelegt, sagte der Vize-Chef der Gesundheitskommission, Zeng Yixin, am Samstag in Peking nach Angaben der Agentur AFP. „Wir warten derzeit auf die Ankunft der WHO-Experten und haben Vorbereitungen getroffen, damit sie von relevanten Expertengruppen empfangen werden“.

Am Dienstag hatte die WHO Verzögerungen beim Start der Mission bekannt gegeben und dafür China verantwortlich gemacht.

Außenamtssprecherin Hua Chunying begründete den Aufschub am Mittwoch vor der Presse in Peking mit nötigen Vorbereitungen.

„Wir müssen noch Schwierigkeiten überwinden, um unsere internen Vorbereitungen voranzubringen und gute Bedingungen für die Experten zu schaffen, nach China zu kommen“, sagte sie laut dpa.

Die chinesische Regierung und die WHO stünden noch in Konsultationen über den Besuch der Experten. Es gehe nach ihrem Verständnis „nicht nur um Visa, sondern auch um Termine und einige andere Details“.

WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus hatte zuvor mitgeteilt, dass die Experten der Organisation die Reise nach China zum Teil schon angetreten hätten, jedoch umgekehrt seien oder ihre Abreise gestoppt hätten. Entgegen den Absprachen habe Peking kurzfristig mitgeteilt, dass die nötigen Einreisepapiere doch noch nicht vorlägen, so Nothilfe Koordinator Michael Ryan.

Die WHO verhandelt schon seit Monaten mit China über diese Expertenmission. Diese will unter anderem in die zentralchinesische Metropole Wuhan reisen, wo das Virus zuerst nachgewiesen worden war.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/02/51869_0:0:3067:1726_1440x0_80_0_0_681bda1c5c9fcafe1c62a525cc8e287d.jpg

мздр.рус: Am 8. Januar wurden in der DVR 498 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 170 positiv, bei zwei Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 9. Januar um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 16.402 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5363 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 9241 als gesund entlassen, es gibt 1438 Todesfälle.

snaneews.de: **Maas will mit USA „Marshallplan für Demokratie“ erarbeiten**

Der deutsche Bundesaußenminister Heiko Maas den USA eine engere Zusammenarbeit im Kampf für die Demokratie angeboten, teilte die Deutsche Presse-Agentur am Samstag mit. „Wir dürfen den Feinden der liberalen Demokratie keinen Raum geben. Das gilt nicht nur in den USA, sondern genauso bei uns in Deutschland und Europa“, zitiert die dpa den SPD-Politiker.

„Wir sind bereit, mit den USA an einem gemeinsamen Marshallplan für die Demokratie zu arbeiten.“

Der Marshallplan war ein wirtschaftliches Wiederaufbauprogramm der USA für Staaten Europas nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Bundesrepublik Deutschland hatte davon besonders profitiert.

Wegen der Ausschreitungen am Kapitol, die fünf Menschen das Leben kosteten, gerät Trump zunehmend unter Druck. Am Mittwoch erstürmten Anhänger des scheidenden Präsidenten Donald Trump das US-Parlamentsgebäude Kapitol, als dort der Prozess der formellen Bestätigung von Joe Biden als gewählter Präsident lief. Maas, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hatten den scheidenden US-Präsidenten Donald Trump bereits am Donnerstag mitverantwortlich für die Gewalt gemacht. Der künftige Präsident Joe Biden, der am 20. Januar vereidigt werden soll, hatte von einem beispiellosen Angriff auf die Demokratie gesprochen. Maas sagte Biden zu, dass er sich im Kampf für die Demokratie auf Deutschland verlassen könne. „Ohne die Demokratie in den USA, keine Demokratie in Europa“, sagte der Außenminister. „Die gesellschaftliche Spaltung in unseren Ländern bei den Wurzeln zu packen, darin liegt eine der größten Zukunftsaufgaben für Amerikaner und Europäer.“

Am Donnerstag verurteilte Trump in einem Statement die Krawalle am Kapitol und versprach, er werde die geordnete Machtübergabe an seinen Herausforderer sicherstellen. Die

die US-Demokraten dringen nun auf eine Amtsenthebung von US-Präsident Donald Trump. Demnach sollen am Montag die Weichen für ein Amtsenthebungsverfahren gestellt werden.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/02/50815_0:0:3072:1728_1440x0_80_0_0_9c1eb8a8062d8d495fb96902d1915035.jpg

nachmittags:

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 9. Januar 2021

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **zehnmal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt.**

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 37. Panzergrenadierbataillons der 56. Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Opytnoje das Gebiet von **Wesjoloje** mit automatischen Granatwerfern beschossen.

Von den Positionen des 3. mechanisierten Bataillons der 72. Brigade der BFU im Gebiet von Awdejewka hat der Gegner **Jakowlewka** mit 120mm-Mörsern beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus dreimal das Feuer mit 120mm- und 82mm-Mörsern sowie Antipanzergrenatwerfern in Richtung **Leninskoje** eröffnet, von den Positionen im Gebiet von Talakowka wurde zweimal das Feuer mit Antipanzergrenatwerfern und Schusswaffen auf **Kominternowo** eröffnet.

Außerdem haben unsere Beobachter eine Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen, nämlich die **Durchführung von technischen Arbeiten** auf den Positionen der 36., 72. und 28. Brigade der BFU in den Gebieten von Wodjanoje, Awdejewka und Taramtschuk durch den Gegner festgestellt.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Beobachter eine Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen, nämlich die **Durchführung von Befestigungsarbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung von Positionen** durch das Personal des 2. Bataillons der 72. Brigade im Gebiet von Awdejewka festgestellt.

Die Verteidiger der Republik sind auf die Provokationen nicht eingegangen, setzen die Beobachtung des Gegners fort und halten dabei streng den geltenden Waffenstillstand ein. Die Feuerprovokationen wurden den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK operativ zur Kenntnis gegeben, um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern und Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen wurde in den letzten 24 Stunden die

Verlegung von einem Abwehrgeschütz SU-23 im Laderaum eines Lastwagens der 28. mechanisierten Brigade der BFU am westlichen Rand von Georgijewka festgestellt. Außerdem wurde festgestellt, dass in den Verantwortungsbereichen der 36. mechanisierten Brigade der BFU in den Gebieten von Lebendinskoje und Gnutowo, um zu verhindern, dass Drohnen der OSZE-Mission die verbotenen Waffen entdecken, eine mobile Gruppe einer Kompanie für elektronische Kriegsführung der 36. Marineinfanteriebrigade aktiv ist, die die Aufgabe hat, mit einer Station „Bukowel-AD“ die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission zu blockieren.

Das nachlässige Herangehen an die Lagerung von explosiven Objekten von Seiten des Kommandos der ukrainischen Kämpfer sowie das Ignorieren von Maßnahmen zu deren Suche und Vernichtung ist weiter eine Ursache von tragischen Folgen für friedliche Bürger. So erlitt am 3. Januar in Blagodatnoje ein 16 Jahre alter Jugendlicher bei der Detonation einer Sprengeinrichtung Splitterverletzungen an der Hand und am Bein. Es ist bemerkenswert, dass der Vater des Verletzten sich zuerst an Militärärzte des naheliegenden Truppenteils um Hilfe wandte. Dort wurde ihm diese verweigert und vorgeschlagen sich an eine zivile medizinische Einrichtung zu wenden. Das Kommando des Truppenteils befürchtete die Folgen einer Behandlung des verletzten Kindes, weil die Ermittlungsorgane sich für die Umstände des Vorfalles interessieren und eine Untersuchung durchführen könnten, die die Beteiligung des Kommandos an dem Zwischenfall aufdecken würde. Schließlich musste das verletzte Kind fast 100km in ein Krankenhaus von Mariupol gebracht werden, wo es ärztlich behandelt wurde. Diese Information bestätigt auch die OSZE-Mission in ihrem offiziellen Bericht vom 8. Januar 2021.

Wir stellen weiter das geringe moralisch-psychische Niveau des Personals der BFU fest, was zu massenhaftem Verlassen der Positionen im vorderen Bereich führt. So hat eine Kommission des militärischen Rechtsordnungsdienstes festgestellt, dass das Kommando in der 72. Brigade das Fehlen von 45 Soldaten, verheimlicht hat, die aus dem Verband desertiert sind und die offiziell nicht auf den Listen derjenigen sind, die eigenmächtig den Truppenteil verlassen haben. Derzeit stellen Mitarbeiter der Militärstaatsanwaltschaft dem Brigadekommandeur Bogomolow zu dieser Sache „unangenehme“ Fragen, deren grundlegende ist, wohin der Soldat für diese 45 Soldaten geht, die bis jetzt in den Listen des Truppenteils stehen.

Gleichzeitig **verschlechtert sich die epidemiologische Lage im Zusammenhang mit der Verbreitung des Coronavirus in den ukrainischen Streitkräften** weiter. Die Zahl der Erkrankten hat schon die „Rote Linie“ überschritten, was sich nicht nur auf die Gefechtsfähigkeit der Verbände und die Rotationsmaßnahmen auswirkt, sondern auch Besorgnis bei der höchsten militärischen Führung bezüglich der Sicherheit ihrer eigenen Gesundheit hervorruft. Die destruktive Politik des offiziellen Kiew hat dazu geführt, dass derzeit die Zahl der an COVID-19 Erkrankten 1.100.000 überschritten hat und sich die Statistik weiter verschlechtert. Aufgrund ihrer politischen Ambitionen hat die Ukraine bis jetzt auch nicht die für das Land so notwendigen Präparate gekauft, was die hochrangigen Beamten, darunter auch aus dem Verteidigungsministerium für sich und ihre Verwandten illegal Impfstoff im Ausland zu kaufen. Diese Informationen bestätigt auch der SBU, der einen Lieferkanal für Impfstoff aus Israel, der für die ukrainische militärisch-politische Führung vorgesehen war, geschlossen hat. Insgesamt ist die Impfung des führenden Personals der militärischen Einrichtungen eine für die Öffentlichkeit nicht zugängliche Information. Zu Information, die Kosten einer solchen Impfung betragen zwischen 1000 und 3000 Euro, was sich ein normaler Ukrainer nicht erlauben kann.

snanews.de: **Flugzeugabsturz in Indonesien: Teile von Wrack und Leichen gefunden – Medien**

Nach dem Absturz der Boeing 737-524 der Airline Sriwijaya in Indonesien haben

Rettungskräfte Teile des Wracks in einem Gewässer nördlich der Stadt Jakarta gefunden. Auch die Leichen der Flugzeugpassagiere sollen entdeckt worden sein. Das meldet die Nachrichtenagentur Xinhua unter Berufung auf die Küstenwache.

Die Boeing war am Samstag auf dem Weg von Jakarta nach Pontianak. Um 14.40 Ortszeit (08.40 MEZ) sei der Kontakt zu dem Flugzeug abgebrochen, sagte Adita Irawati, ein Sprecher des indonesischen Ministeriums für Transport. Das Flugzeug transportierte 56 Passagiere, darunter sieben Kinder, und sechs Crew-Mitglieder, berichtet die dpa unter Berufung auf die Berichte des Fernsehsenders Metro TV.

Der Flugdatenanbieter Flightradar24 erklärte auf Twitter, die 27 Jahre alte Maschine des Typs Boeing 737-500 habe innerhalb weniger als einer Minute mehr als 3000 Meter an Höhe verloren.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/01/09/446255_0:317:3077:2048_1440x0_80_0_0_0527ff112553ba3259c9d5710222be4d.jpg

Mil-Inr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko**
Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden in den letzten 24 Stunden **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

In den letzten 24 Stunden hat unsere Aufklärung die Stationierung eines Schützenpanzerwagens in der Nähe von Nowoswanowka im Verantwortungsbereich der 92. Brigade bemerkt.

Außerdem **verminen Kämpfer der BFU weiter Örtlichkeiten in der Nähe von Ortschaften** und gefährden so Leben und Gesundheit der Einwohner. Nach uns vorliegenden Informationen haben Kämpfer der 92. Brigade neben der Installation von sechs Antipanzermijnen TM-62 im Gebiet eines Checkpoints der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Popasnaja im Verantwortungsbereich der 92. Brigade die Straße 500m südwestlich von diesem Checkpoint mit einer selbstgemachten Sprengvorrichtung unter Nutzung eines 30mm-Schützenpanzergeschosses vermint, um die Volksmiliz der LVR einer Feuerprovokation zu beschuldigen. ...

wpered.su: **Boris Litwinow übergab Makejewkaer Kindern Geschenke von der KPRF**
Im Vorfeld des schönen Feiertags Weihnachten fand im Schülerklub „Gajdarowez“ der Stadt Makejewka ein interessantes Treffen von Kindern, Eltern und der Öffentlichkeit des Kirowskij-Bezirks mit dem Ersten Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow statt. Boris Alexejewitsch kam zu den Kindern, um ihnen zum beginnenden Neuen Jahr zu gratulieren und ihnen im Namen der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation süßen Geschenke zu überreichen.

Boris Litwinow erzählte den anwesenden Kindern, ihren Eltern und Vertretern der Öffentlichkeit von Makejewka von der Arbeit, die die KPRF und die KP der DVR zur Unterstützung der Bevölkerung des Donezker Volksrepublik leisten, welche Schritte auf dem Weg zur Anerkennung unseres jungen Staates getan werden. Die Kinder und Eltern stellen Boris Alexejewitsch eine Menge sie interessierender Fragen und baten ihn, dem Vorsitzenden der KPRF Gennadij Sjuganow, dem Abgeordneten der Staatsduma der Russischen Föderation Kasbek Tajsajew und dem Mitglied des ZK der KPRF Wladimir Rodin, die nie die „Gajdarowzy“ und die Einwohner der Republik vergessen und Hilfe bei der Lösung vieler Fragen und Probleme leisten, ihre große Dankbarkeit auszurichten.

Besondere Aufmerksamkeit richteten die Teilnehmer des Treffen auf die Arbeit der Fraktion der KPRF in der Staatsduma bezüglich des Programms „Kinder Russlands für die Kinder des Donbass“. Nicht wenige Kinder aus Makejewka haben selbst an Veranstaltungen teilgenommen, die von der KPRF, der Organisation „Nadeshda Rossii“, dem Komsomol der Russischen Föderation durchgeführt wurden. Unter den Kindern Makejewkas gibt es Sieger und Preisträger allrussischer Wettbewerbe. Die Kinder des Schülerklubs „Gajdarowez“ sind aktive Teilnehmer an Kinderwettbewerben, die von befreundeten russischen Organisationen veranstaltet werden. Die Kinder versicherten Boris Litwinow, dass sie auch weiter an solchen Veranstaltungen teilnehmen möchten und erzählten von ihrer Arbeit im „Gajdarowez“ und im Schulalltag.

Als Zeichen der Dankbarkeit führten die jungen „Gajdarowzy“ Andrej Marjenko und Milana Chromtschenko Musikstücke für die Gäste des Schülerklubs auf, Dmitrij Gromosdow, Sneshana Sergejewa, Darja Doronina und Rostom Dshordshadse übergaben Boris Alexejewitsch ihre kreativen Arbeiten – Zeichnungen.



<https://sun9-5.userapi.com/impf/vuE4L9HqiHw2xED5UJqoGe2ZNxPLd-AISWvw0Q/wEZ-DIv-7J0.jpg?size=1600x899&quality=96&proxy=1&sign=177fa17b1dacde320cb396a492546a72&type=album>